



Europamythen am Wahlkampfstand – so antwortet ihr schlagfertig!

Bundestagswahlkampf 2021



Inhalt

Vorbemerkung	2
Mythos 1 - Klimakosten	3
Mythos 2 – Andere Probleme als Klimaschutz	5
Mythos 3 – SPD als Klimapartei	6
Mythos 4 - Globalisierung	7
Mythos 5 - Impfungen	8
Mythos 6 – Soziales Europa	9
Mythos 7 – Einwanderung	10
Mythos 8 - Flucht	11
Mythos 9 – Grundwerte in der EU	12
Mythos 10 - Steuern	13
Zum Schluss...	14

Vorbemerkung

Liebe*r Juso,

vielleicht ging es dir auch schon einmal so: Auf Social Media, im Bekanntenkreis oder am Wahlkampfstand behauptet jemand etwas, dass du so nicht stehen lassen willst. Aber dann die richtigen Fakten und Argumente zu finden, ist dir gar nicht so leicht gefallen.

Zumindest mit Blick auf Europa wollen wir dir im Umgang mit solchen Situationen helfen - und haben deshalb hier knackige Antworttexte auf diverse Europamythen zusammengestellt. Ob für dich allein, zur Weitergabe an deine*n Kandidat*in oder für das ganze Wahlkampfteam: Wir würden uns sehr freuen, wenn dieses Dokument dein Wahlkampfbegleiter 2021 werden könnte.

Über deine Fragen und Feedback freuen wir uns übrigens! Folge den Jusos Brüssel auf [Twitter](#), [Facebook](#), [Instagram](#) oder schreibe uns: jusos.bxl@gmail.com.

Deine Jusos Brüssel



Mythos 1 - Klimakosten



„Klimaschutz macht keinen Sinn, wenn am Ende nur wir Bürgerinnen und Bürger zahlen müssen.“

Antwort: „Nur gemeinsam, europäisch und international ergibt Klimaschutz Sinn.“

Fakten-Check: „Zunächst einmal gilt es hervorzuheben, **dass es sich beim Klimaschutz nicht um Kosten handelt, sondern um Investitionen** und eine Versicherung für eine lebenswerte Zukunft! Anhand umweltfreundlicher Technologien von morgen verschafft sich unsere Wirtschaft durch die angestrebte Vorreiterrolle einen Wettbewerbsvorteil. Wie das Zukunftsprogramm der SPD festhält, ist der Klimaschutz insofern mit einem **riesigen Potential für gute und sichere Arbeitsplätze verbunden**. Außerdem schaffen wir eine Welt, die uns weiterhin wichtige Ökosystemdienstleistungen bietet, mithilfe derer wir uns an die Klimabedingungen anpassen können und die Umwelt erhalten.“

Höhere Kosten durch Preise auf Treibhausgase sind notwendig und können durch zwei Prinzipien gerade auch Menschen mit weniger Einkommen zugutekommen: Einerseits können wir im Verkehrsbereich klimaschonenderen öffentlichen Verkehr wie Bus und Bahn fördern. Andererseits werden wir darauf achten, dass die höheren Kosten von Menschen mit höherem Einkommen getragen werden: **Wir werden gesetzliche Regelungen schaffen, dass der CO₂-Preis im Wohnbereich von den Vermieter*innen getragen wird**. Zugleich werden wir Klimaschutzinvestitionen für Gebäudesanierungen und erneuerbare Wärmeversorgung staatlich fördern. Mit dem Ansteigen des CO₂-Preises werden wir für weitere sozial gerechte Ausgleichsmaßnahmen sorgen. **Ein Pro-Kopf-Bonus als Rückerstattung für alle Bürger*innen** könnte eine von vielen geeigneten Optionen sein.

Gleichzeitig ist auch klar, dass diejenigen Staaten, die bisher am meisten zum Problem des Klimawandels beigetragen haben und die Kapazitäten für ambitionierten Klimaschutz besitzen, eine besondere Verantwortung tragen. Das gilt insbesondere für die EU und Deutschland - es ist unsere Pflicht hier aktiv zu werden und ärmere Länder beim Klimaschutz und der Klimaanpassung in solidarischer Art und Weise zu unterstützen.

Im Juli 2021 hat die Europäische Kommission ein "Fit für 2055"-Paket vorgeschlagen, mit dem europaweite Maßnahmen für den Klimaschutz vereinbart werden. Die SPD wird dieses Paket in Rat und Parlament unterstützen und mitgestalten. Dazu gehören auch neue Instrumente wie etwa ein CO₂-Grenzausgleichssystem, das die Verlagerung von Treibhausgasemissionen in Drittländer mit geringeren Klimaschutzanstrengungen verhindern soll. Durch internationale Vereinbarungen ist nicht zuletzt sichergestellt, dass auch andere Länder beim Klimaschutz mitziehen und ihrerseits Beiträge leisten. **Die SPD bekennt sich in ihrem Zukunftsprogramm daher ausdrücklich zum Pariser Übereinkommen**

und dem darin festgehaltenen Ziel der Begrenzung der globalen Erwärmung auf weit unter 2°C und möglichst 1,5°C. Denn Nichtstun und das dann unausweichliche Schlittern in die Klimakatastrophe ist definitiv keine Alternative!”

Mythos 2 – Andere Probleme als Klimaschutz

„Wir müssen zuerst andere Probleme lösen, bevor wir uns dem Klimaschutz widmen können.“

Antwort: „Das Problem Klimawandel muss jetzt angepackt werden: Wir brauchen einen sozial-ökologischen Wandel, und das über nationale Grenzen hinweg!“

Fakten-Check: „Natürlich stehen wir heute vor gewaltigen Herausforderungen, die durch die Corona-Pandemie teilweise leider noch weiter verstärkt wurden. Die Ungleichheit wächst, die Wirtschaft muss wieder aufgebaut werden. Anforderungen der Digitalisierung müssen dringend angegangen werden und wir benötigen unbedingt eine humane



Einwanderungspolitik - um nur ein paar Beispiele unter vielen zu nennen. Allerdings steht fest, **dass wir all diese Probleme nicht lösen können, wenn das Klima aus dem Takt spielt und wir keinen ernsthaften Klimaschutz betreiben. Der Klimawandel wird soziale Unterschiede weiter zementieren und nicht nachhaltige Konjunktur- und**

Digitalisierungsprogramme werden uns nur in eine Sackgasse führen. Nicht umsonst haben viele Kommunalparlamente und auch das EU-Parlament (trotz Widerstand von CDU/CSU, FDP und AfD) den Klimanotstand ausgerufen.

Für uns als Sozialdemokrat*innen ist aber auch klar, dass Klimaschutz wiederum nur funktionieren wird, wenn die entsprechenden Maßnahmen sozial gerecht ausgestaltet sind. Das Zukunftsprogramm der SPD sieht daher vor, dass ein neuer sozial-ökologischer Gesellschaftsvertrag geschlossen wird, der dafür sorgt, dass niemand im Wandel abgehängt oder zurückgelassen wird. Die Transformation kann nur gelingen, wenn sie fair und solidarisch ist. Das ist unser Versprechen!“

Mythos 3 – SPD als Klimapartei

„Die SPD ist nicht die Partei, die für Klimaschutz steht.“

Antwort: „Die SPD steht für Klimaschutz, in Deutschland, Europa und weltweit.“

Fakten-Check: „Die SPD will laut ihrem Zukunftsprogramm bis spätestens 2045 Klimaneutralität in Deutschland erreichen und hat dieses Ziel in der Bundesregierung für das aktualisierte Klimaschutzgesetz durchgesetzt. Bis 2040 möchten wir bereits erreichen, dass Strom vollständig aus erneuerbaren Energien bezogen wird. Außerdem wollen wir unsere Wirtschaft zu einer vollständigen Kreislaufwirtschaft umbauen. Im Allgemeinen plädieren wir für einen sozial-ökologischen Umbau, wobei wirtschaftlicher Erfolg nicht nur am Bruttoinlandsprodukt gemessen wird, sondern am Wohlergehen der gesamten Gesellschaft sowie der Natur.

Die SPD sendet damit ganz klare Signale für die Zukunft aus. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass niemand zurückgelassen wird und eine wahrhaftig sozial-gerechte Transformation erfolgt - denn die gibt es nur mit der SPD!

Auf europäischer Ebene hat sich die SPD für ambitionierte Vorgaben im Klimaschutz eingesetzt. **Im Europaparlament hat sie für eine progressive Mehrheit gekämpft, um eine Anhebung des Reduktionsziels für 2030 auf mindestens 60 bzw. sogar 65 Prozent gegenüber den Werten von 1990 durchzusetzen und das 1,5°C-Ziel einhalten zu können.** Ebenso hat die sozialdemokratische Fraktion im EU-Parlament ein EU-Treibhausgasbudget erreicht, das aufzeigt, wie viele Emissionen die EU in den kommenden Jahren noch ausstoßen darf, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten. Leider wurde das Reduktionsziel in der Einigung mit dem Rat auf 55 Prozent bis 2030 abgesenkt - mitunter, weil die CDU die Bundesregierung daran hinderte, sich für ein höheres Klimaziel einzusetzen. Armin Laschet hat es als Kanzlerkandidat bisher versäumt, sich klar zu einer ambitionierteren Klimaschutzpolitik zu bekennen - und das trotz des verheerenden Starkregens in seinem eigenen Bundesland.

Und auch in der Vergangenheit haben wir den ökologischen Wandel und den Klimaschutz bereits befördert. **Das Erneuerbare-Energien-Gesetz wäre etwa ohne die SPD nie auf den Weg gebracht worden.** In Anbetracht der zunehmenden Dringlichkeit der Lage nimmt sich die SPD vor, den Klimawandel entschiedener als bisher anzugehen und die dadurch entstehenden Herausforderungen einer sozial-gerechten Transformation besser zu moderieren und zu bewältigen.“



Mythos 4 - Globalisierung



„Gegen die Machenschaften, Menschenrechtsverletzungen und Umweltverstöße von Unternehmen im Ausland sind wir machtlos.“

Antwort: „Die SPD setzt Menschenrechtsverletzungen und Umweltverstößen von Unternehmen im Ausland auf europäischer sowie nationaler Ebene ein Ende.“

Fakten-Check: „Durch ein Lieferkettengesetz ist es möglich, Unternehmen in Verantwortung zu ziehen, ob Menschenrechte und Umwelanforderungen in ihrer Lieferkette geachtet werden. Infolgedessen können Unternehmen haftbar gemacht werden, wenn soziale sowie Umwelt- und Klimastandards nicht eingehalten werden. Neben eher harten Sanktionsmöglichkeiten sind dabei auch Berichtspflichten zur Schaffung von Transparenz von großer Bedeutung.“

Auf europäischer Ebene laufen bereits umfangreiche Bemühungen für ein solches Lieferkettengesetz. Das Europäische Parlament hat auf Initiative der sozialdemokratischen Fraktion im März 2021 eine Entschließung angenommen und sich dabei für eine möglichst breite Anwendung auch für mit Risiko behafteten kleinen und mittleren Unternehmen ausgesprochen. Die EU-Kommission wird voraussichtlich im Herbst 2021 einen Vorschlag zum Thema vorlegen, sodass Verbraucher*innen leichter Zugang zu fairen Produkten erhalten, Arbeiter*innen in Drittländern besser geschützt werden und ein Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz geleistet wird.

Auf Bundesebene wurde kürzlich bereits ein Lieferkettengesetz verabschiedet, das die SPD in der Großen Koalition trotz des Widerstands der CDU/CSU durchsetzen konnte. Es wurde allerdings von der Union in Teilen stark verwässert. Denn das Gesetz soll erst ab 2023 gelten und nur Unternehmen mit über 3.000 Mitarbeiter*innen betreffen. Zusätzlich gilt das Gesetz unmittelbar nur für die direkten Zulieferer, wodurch der Anwendungsbereich extrem eingeschränkt ist. Die SPD setzt sich deswegen sowohl auf bundesdeutscher und europäischer Ebene für ein ambitioniertes Lieferkettengesetz ein, das seinem Namen auch gerecht wird!“

Mythos 5 - Impfungen

Mythos 5: „Die Impfstoffbeschaffung durch die EU war chaotisch und langsam.“

Antwort: „Die solidarische und europäische Lösung der Pandemie schreitet voran und wurde von der SPD jederzeit mitgetragen.“

Fakten-Check: „Die gemeinsame Beschaffung von Impfstoff durch die EU-Kommission war richtig und sinnvoll. Alles andere hätte zu einer weiteren Spaltung der EU zwischen reicheren und ärmeren Mitgliedstaaten geführt. Die EU-Mitgliedstaaten waren dabei eng an der Ausarbeitung und Verhandlung der Verträge mit den Lieferanten beteiligt - insbesondere Deutschland im Zuge der Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020. Dass



zu wenig Impfstoff am Anfang 2021 zur Verfügung stand, lag ferner primär daran, dass die Lieferanten ihre Zusagen nicht einhalten konnten. Für die Verteilung und Verwendung von Impfstoffen sind und waren die Mitgliedstaaten im Übrigen selbst verantwortlich.

Im Laufe der Impfkampagne hat Europa es geschafft, aufzuholen und bereits im Juli standen Impfstoffe für mehr als 70% der europäischen (erwachsenen) Bevölkerung bereit. Nun geht es darum, die noch Ungeimpften zu überzeugen und gleichzeitig die Impfungen weltweit voranzubringen. Besonders in Afrika wütet das Virus aktuell so stark wie nie zuvor. Die **weltweite zeitweilige Aufhebung der Patente für Impfstoffe, wie sie die Weltgesundheitsorganisation unterstützt, wäre ein wichtiger Schritt** für globale Gerechtigkeit! Dafür hat sich die SPD-Fraktion, anders als manch andere Partei, schon länger ausgesprochen.

Erwähnenswert ist auch, **dass die EU im Zuge der Corona-Pandemie den größten Wiederaufbaufonds der Geschichte der Europäischen Union auf den Weg gebracht hat** - denn das hat hoffentlich eine deutlich größere Symbolkraft für die Zukunft! Durch den Aufbaufonds sollen die sozialen Folgen der Corona-Krise abgemildert und gleichzeitig der sozial-ökologische und digitale Wandel vorangebracht werden. Als Finanzminister hat sich Olaf Scholz maßgeblich im Rat für das umfangreiche Wiederaufbauprogramm eingesetzt, **das erstmals in einem solchen Umfang durch gemeinsame europäische Schulden finanziert werden soll - dies ist ein Paradigmenwechsel in der Europapolitik und ein starkes Zeichen der Solidarität, das ohne die SPD so nicht zustande gekommen wäre.** Wir wollen neues Vertrauen in Europa aufbauen und Zusammenhalt schaffen. Denn wir meinen es ernst mit europäischer Solidarität und wollen die nächsten Integrations Schritte machen!"

Mythos 6 – Soziales Europa

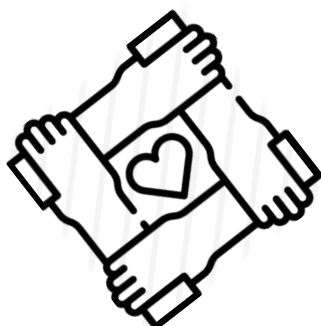
„Das soziale Europa gibts doch gar nicht! Alles was die EU macht, ist die Märkte zu öffnen und uns mit billigen Arbeitskräften zu überschwemmen.

Die SPD will, dass überall in Europa der gleiche Mindestlohn gilt. Aber das geht doch gar nicht! Schließlich ist das Leben anderswo viel günstiger als hier.“

Antwort: „Die SPD setzt sich für ein soziales Europa ein. Die SPD fordert einen europäischen Rahmen für Mindestlöhne und setzt dem Lohndumping somit ein Ende!“

Fakten-Check: „Es stimmt, dass die EU noch nicht genug tut, um neben Märkten auch den Menschen in Europa zu nützen. Das liegt auch daran, dass manche Mitgliedstaaten gemeinsame Projekte zum sozialen Europa im Rat blockieren. Dazu gehören leider auch europäische Mindestanforderungen an die Grundsicherung (in Deutschland: Hartz IV), eine europäische Arbeitslosenversicherung und viele andere Projekte. Die SPD setzt sich dafür ein, solche Blockaden aufzubrechen. **Die SPD-Minister*innen haben in der letzten Regierung im Rat und in Europa schon viel erreicht: Die Entsenderichtlinie wurde komplett überarbeitet, es gibt heute eine Europäische Säule sozialer Rechte und europäische Regelungen zur Sicherung guter Arbeitsbedingungen.** Aktuell liegt ein Vorschlag zur Lohntransparenz auf dem Tisch der Mitgliedstaaten, welcher die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern schließen soll und deutlich ambitionierter ist als die aktuell in Deutschland geltenden Regeln. Ein anderes Beispiel: Momentan blockiert Deutschland aufgrund von CDU/CSU noch eine europäische Frauenquote für Führungspositionen. Dies würde mit einer SPD-geführten **Regierung** nicht passieren!

In unserem Programm steht, **dass wir den gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland zunächst auf mindestens zwölf Euro und später noch weiter erhöhen wollen. Darüber hinaus sind wir für einen europäischen Rahmen für Mindestlöhne.** Das würde bedeuten, dass jedes Land einen vernünftigen Mindestlohn einhalten müsste. Dieser Mindestlohn würde jedoch immer im Verhältnis zum Durchschnittslohn und den Lebenshaltungskosten in dem jeweiligen Land stehen. So ist ein konkreter Vorschlag der SPD, den Mindestlohn auf 60% des Medianlohns in einem Mitgliedstaat festzusetzen. Das würde auch in Deutschland eine Erhöhung im Vergleich zum Status Quo bedeuten und Lohndumping in Europa einen echten Riegel vorschieben!“



Mythos 7 – Einwanderung

„Einwanderung schadet unserem Land, denn Immigranten sind gefährlich, kriminell und faul.“

Antwort: „Vielfalt und Multikulturalität sind Bereicherungen für unser Europa. Eine progressive Einwanderungspolitik, die die Rechte jedes einzelnen Menschen wahrt, somit eine Herzensangelegenheit der SPD.“



Fakten-Check: „Grenzen tragen mehr zur Diskriminierung bei als alle anderen Faktoren in der Geschichte der Menschheit. Die Ungleichheit zwischen Einwohner*innen eines Landes ist immer noch verschwindend gering im Vergleich zu der Ungleichheit zwischen Menschen verschiedener Länder.“

Während früher Klassenzugehörigkeit ausschlaggebend für Ungleichheit war, so ist es heute eine Frage des Geburtsortes. Alleine das wäre schon Grund genug für eine progressive Einwanderungspolitik. **Und es würde einer Europäischen Union gut stehen, auf gemeinsame Wertvorstellungen zu basieren - denn laut Artikel 13 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung hat jeder Mensch das Recht, sein Heimatland zu verlassen.**

Fakt ist aber darüber hinaus, dass über einen Zeitraum, in dem mehr Menschen eingewandert sind, es einen Rückgang von Terroranschlägen gab, wie eine Analyse von Migrationsbewegungen zwischen 145 Ländern zeigt. Einwanderer begehen statistisch weniger Straftaten als Einheimische, wie eine Untersuchung in den USA ergeben hat. Auch eine Studie in den Niederlanden ergab, dass kein Zusammenhang zwischen ethnischer Zugehörigkeit und Kriminalität vorhanden ist - entscheidend sind oft eher die äußeren Umstände in verarmten Gegenden.

Ebenso gibt es keinen Beleg dafür, dass Einwanderer*innen mit größerer Wahrscheinlichkeit Sozialhilfe beantragen als Einheimische. Im Gegenteil, Zuwanderung führt indirekt zu höheren Steuereinnahmen. Eine Öffnung der Grenzen für Arbeitskräfte würde laut dem Harvard-Ökonomen Lant Pritchett den globalen Wohlstand um 65 Billionen Dollar erhöhen. Und auch in der Corona-Krise haben wir alle gemerkt, wie dringend wir z.B. die ausländischen Pflegekräfte oder Saisonarbeitskräfte brauchen. Durch Zuwanderung steigen außerdem Rücküberweisungen in die Heimatländer stark an.

Deswegen will die SPD im Rahmen eines umfassenden Ansatzes legale Migrationswege und eine moderne Migrationspolitik schaffen.“

Mythos 8 - Flucht

„Flüchtlinge sind eine zu große Herausforderung und bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die EU muss sich daher abschotten.“



Antwort: „Die SPD setzt sich für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik in der EU ein.“

Fakten-Check: „Jede*r, der vor politischer Verfolgung oder ernsthaften Schäden in dessen Herkunftsland flieht, hat das Recht, einen Antrag auf internationalen Schutz zu stellen. Asyl ist dementsprechend ein Grundrecht und als solches im Genfer Abkommen über die Rechtsstellung von Geflüchteten von 1951 festgehalten. Auch Deutschland und die Mitgliedstaaten der EU gehören diesem Abkommen als Vertragsparteien an. In Deutschland sichert auch Artikel 16a des Grundgesetzes politischen Verfolgten ein solches individuelles Grundrecht auf Asyl in Deutschland zu. Denn Deutschland hat eine historische und humanitäre Verantwortung, Geflüchtete aufzunehmen. **Ebenfalls ist die Europäische Union als solche laut Artikel 18 der Charta der Grundrechte und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union verpflichtet, Schutzbedürftigen zu helfen.**

Die SPD setzt sich daher für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union ein. Wir haben nicht nur die ethische und moralische Verantwortung, sondern auch die dafür nötigen Kapazitäten, Geflüchtete aufzunehmen. Wir sorgen dafür, dass Integration gelingt und der gesellschaftliche Zusammenhalt insofern gestärkt wird.

Gleichzeitig machen uns mehr als fragwürdige “Flüchtlingsdeals” und unterlassene Hilfeleistung betroffen. Sogenannte “Pushbacks” der EU-Grenzschutzagentur Frontex im Mittelmeer kritisiert die SPD als eklatante Verletzung des Völkerrechts. Wir setzen uns dafür ein, dass die Seenotrettung nicht kriminalisiert wird, sondern staatlich durch die EU gewährleistet wird. Es darf nicht sein, dass die EU Menschen im Mittelmeer ertrinken lässt und/oder abweist. Die Grundwerte der EU dürfen nicht über Bord geworfen werden! Das gilt auch für die Verteilung von Geflüchteten in der EU. Für uns als SPD bedeutet dies, dass wir ein funktionsfähiges europäisches Asylsystem durch **eine echte Reform des Dublin-Systems unter vollumfänglicher Wahrung des Rechts auf Asyl** schaffen müssen.“

Mythos 9 – Grundwerte in der EU

„Die EU ist machtlos gegenüber Mitgliedsstaaten, die EU-Grundwerte missachten - und dabei schaut die SPD zu.“

Antwort: „Die SPD setzt sich für die Europäischen Grundwerte ein und macht sich gegen jegliche Missachtungen oder Demontierungen dieser, auch innerhalb der EU, stark.“

Fakten-Check: „Mithilfe des unter deutscher Ratspräsidentschaft und großem Einfluss der SPD 2020 eingeführten Rechtsstaatsmechanismus verfügt die EU über ein Verfahren zur Kürzung von EU-Mitteln, wenn Mitgliedstaaten gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoßen. So müssen Mitgliedstaaten wie z.B. Polen und Ungarn, die gegen die unabhängige Justiz vorgehen oder die Medien einschränken, seit der Verabschiedung des mehrjährigen Haushalts der EU im letzten Jahr mit Konsequenzen rechnen.“

Es ist gut und richtig, **dass die Kommission die Anträge Polens und Ungarns für Gelder des europäischen Wiederaufbaufonds sehr genau prüft und bisher nicht freigegeben hat.** Die SPD fordert gemeinsam mit dem EU-Parlament die Kommission **zur konsequenten Umsetzung des Rechtsstaatlichkeitsmechanismus** auf. Die EU ist in vordergründiger Linie eine Wertegemeinschaft, in der jeder Mensch Respekt, Würde und Solidarität erfahren muss, unabhängig davon, in welchem Mitgliedstaat sie oder er lebt - und dafür stehen wir als SPD ein!

Unser Ziel ist es, die EU mit ihren Werten wie Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit grundlegend zu stärken und sie zu einer selbstbewussten Friedensmacht in der heutigen, globalisierten Welt zu gestalten.“



Mythos 10 - Steuern



„Die SPD tut nichts gegen die aggressive Steuervermeidung von multinationalen Großunternehmen“

Antwort: „Die SPD geht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene gegen aggressive Steuervermeidung von multinationalen Großunternehmen vor, und setzt somit auf eine europäische sowie internationale Zusammenarbeit.“

Fakten-Check: „Als Finanzminister hat sich Olaf Scholz maßgeblich für eine internationale Steuerreform eingesetzt, die für eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft und einer Unterbindung des globalen Steuerwettbewerbs nötig ist. Bereits 2018 hat er im Rahmen der OECD und G20 den Vorschlag eines globalen Mindeststeuersatzes eingebracht, auf den sich im Juli 2021 endlich weltweit 132 Länder geeinigt haben. Bis voraussichtlich zum G20-Gipfel im Oktober 2021 müssen nun die technischen Details geklärt werden, um dann die finale Einigung zu treffen. Die EU Kommission hat bereits einen Gesetzesvorschlag zur europäischen Umsetzung der Reform angekündigt. Eine große Herausforderung wird allerdings der Widerstand der vier europäischen „Zögerer“ Irland, Ungarn, Estland und Zypern, an deren Veto das Vorhaben zu scheitern droht. **Forderungen nach einem globalen Mindeststeuersatz wurden dagegen im Europaparlament in der Vergangenheit stets von den Fraktionen der CDU/CSU und AfD abgelehnt.**

Die SPD hat sich außerdem lange dafür eingesetzt, dass Großkonzerne in der EU offenlegen müssen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften und Steuern zahlen, um Steuervermeidung einzudämmen. Auch dieses sogenannte „public country-by-country reporting“ wurde lange vom CDU-geführten Wirtschaftsministerium im Rat der EU-Minister*innen blockiert. **Erst unter Vermittlung der sozialistisch geführten Regierung Portugals, während ihrer EU Ratspräsidentschaft, konnte die Blockade endlich aufgehoben werden, um Verhandlungen wieder in Gang zu setzen und schließlich im Juni 2021 eine Einigung zu erreichen.** In ihrem Zukunftsprogramm nimmt die SPD sich vor, diese Maßnahme endlich in Deutschland umzusetzen.

Zwischen 1980 und 2020 ist die weltweit durchschnittliche Unternehmenssteuerrate von 40% auf 23% gesunken. Gleichzeitig entgehen Deutschland nach Schätzungen des Netzwerk Steuergerechtigkeit jährlich 35 Milliarden Euro aufgrund von Steuerbetrug. Dies würde dem jährlichen Gehalt von 640.975 Pflegekräften entsprechen. Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug sind ein ernstes Gerechtigkeitsproblem und die SPD will in Zukunft weiter konsequent dagegen vorgehen und setzt auf die europäische und internationale Zusammenarbeit, weil es eine globale Herausforderung ist, die wir nur gemeinsam bewältigen können.“

Zum Schluss...

Weitere Mythen über die EU und Informationen gibt es hier:

https://ec.europa.eu/germany/news/eu-myths_de



Quellenangaben:

Cover-Bild: Roxane Roth/Olaf-Scholz via Twitter; Icons: Flaticon